

SPÖ Umweltsprecherin Petra Bayr – Position zu den aktuell wichtigsten Umwelt-Themen (2008)

Das Konzept einer sozialdemokratischen Umwelt-Politik ist durch Kohärenz gekennzeichnet: unterschiedliche Politikbereiche haben eine gesunde Umwelt zum Ziel, ihre Maßnahmen dürfen sich gegenseitig nicht behindern oder konterkarieren sondern befördern und Synergien müssen genutzt werden. Dementsprechend ist beispielsweise eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik sinnvoll mit der Energiepolitik verknüpft, diese mit der Reduktion von Treibhausgas-Emissionen, diese mit Investitionen und damit Wertschöpfung im Inland, welche Arbeitsplätze schafft und sichert.

Für die SPÖ ist Umweltpolitik untrennbar mit Sozialpolitik, ebenso Gesundheitspolitik und nicht zuletzt Wirtschaftspolitik verbunden. Nur eine sinnvolle Verknüpfung der unterschiedlichen Politikbereiche kann den einzelnen Aspekten der unterschiedlichen Politikbereichen entsprechende Beachtung sichern. Umweltgerechtes Wirtschaften und Leben bedeutet nicht Verzicht, sondern steht für den Gewinn von Lebensqualität.

Umweltpolitik darf sich nicht den Landwirtschaftsinteressen unterordnen müssen – Umweltpolitik braucht den Stellenwert, den sie verdient und damit ist meines Erachtens auch die Trennung des Landwirtschafts- vom Umweltressort unumgänglich.

Im Bereich der internationalen Umweltpolitik stehe ich als Sozialdemokratin für

- den Einsatz für ein Welthandelssystem, in dem soziale, Umwelt- und Menschenrechte einen größeren Stellenwert haben als Wirtschaftsinteressen;
- die Aufwertung des UN Umweltprogramms zu einer UN-Umweltorganisation im Zuge der Reform der UNO, was auch die Steigerung der Mittel und der Kompetenzen innerhalb der Staatengemeinschaft mit sich bringt;
- einen spürbaren Beitrag Österreichs für ein zukunftstaugliches und global umspannendes Kyoto-Nachfolgeprotokoll, zu dem auch dementsprechende heimische Treibhausgas-Minderungsbeiträge zu leisten sind.

Im Folgenden mein Standpunkt zu den aktuell vorrangigen Umweltthemen:

1. Klima

Die Sorge um das Klima steht bei den ÖsterreicherInnen hoch oben in der Prioritätenliste. Die Politik trägt hier eine globale Verantwortung, die Auswirkungen der Klimaerwärmung sind in armen Weltregionen wesentlich massiver spürbar als bei uns in den reichen Ländern, die die Verursacher der vermehrten Treibhausgasemissionen sind. Eine wirkliche Senkung der klimazerstörenden Emissionen ist demzufolge auch überwiegend in den Industrieländern notwendig. Der zuständige Umweltminister ist säumig und setzt seine Prioritäten im Zukauf von sogenannten Verschmutzungsrechten aus dem Ausland. Als Sozialdemokratin stehe ich für Klimaschutzmaßnahmen im Inland, denn diese senken nicht nur den Ausstoß von Treibhausgasen dauerhaft und real, sondern schaffen auch Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Österreich. Gegen den Willen des Umweltministers haben wir SozialdemokratInnen die Klimagipfel der Bundesregierung durchgesetzt und einen Klimaschutzbeauftragten des Bundeskanzlers ernannt. Wir haben den Klimafonds

eingrichtet und damit wertvolle Klimaschutz-, Innovations- und Investitionsanreize im Inland geschaffen.

Als SPÖ Umweltsprecherin stehe ich für:

- Investitionen für den Klimaschutz im Inland, statt teure Verschmutzungsrechte im Ausland zuzukaufen. Denn Klimaschutzmaßnahmen im Inland schaffen Arbeitsplätze und Wertschöpfung, senken unseren Treibhausgas-Ausstoß dauerhaft und helfen, die Lebensqualität zu steigern;
- Offensiven weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien: Sonne, Wind und Wasser statt Abhängigkeit von Erdöl und Kohle;
- Ausbau der Fernwärme und weitere Entwicklung der Fernkälte, damit können Energie gespart und Kosten gesenkt werden;
- Einen Paukenschlag für die Wärmedämmung in ganz Österreich. Damit werden nicht nur Arbeitsplätze geschaffen und gesichert sondern auch die Betriebskosten für MieterInnen und NutzerInnen sinken für alle Zukunft;
- Effizienzsteigerung statt Energieverschwendung. Wir haben nicht zu wenig Energie, wir müssen sie nur richtig nutzen! Dazu brauchen wir die Schaffung eines Energieeffizienzgesetzes – sparsames Nutzen von Energie hat für jene, die sie vertreiben, im kapitalistischen Wirtschaftssystem keinen Wert. Daher braucht es einen starken gesetzlichen Rahmen zum effizienten Umgehen mit unseren Ressourcen;
- Investition in Forschung, um eine Anpassungsstrategie an bereits jetzt erkennbare Auswirkungen des Klimawandels zu entwickeln. Auch bei der größten weltweiten Anstrengung, die Treibhausgase zu reduzieren, wird sich die Erde in diesem Jahrhundert erwärmen – Anpassungsmaßnahmen müssen koordiniert in einem Masterplan vorgesehen werden. Alle wichtigen Stakeholder sind bei der Entwicklung und der Umsetzung der Anpassungsmaßnahmen miteinzubeziehen;
- Subventionen und Förderungen sollen dem Ziel des Klimaschutzes dienen, ohne sozial ausgrenzend zu wirken. Das betrifft etwa das Pendlerpauschale, die Wohnbauförderung und die Umrüstung von Heizsystemen;
- Alle erdenklichen Kraftanstrengungen auf österreichischer und internationaler Ebene zu unternehmen, um die Klimaerwärmung zu stoppen; Die dafür erforderlichen Mittel sind sozial gerecht aufzubringen und synergetisch und kohärent in zwischen den Gebietskörperschaften koordinierter Form einzusetzen;
- Alle Gesetzesvorhaben sollen auf ihre Auswirkungen auf das Klima und die globale Entwicklung untersucht werden;
- Agrotreibstoffe der ersten Generation, die zu massivem ökologischen und sozialen Raubbau insbesondere in Entwicklungsländern führen, sind strikt abzulehnen (siehe auch 10. Kapitel: Verkehr) – in diesem Zusammenhang brauchen wir:
 - Ein Anbauverbot von gentechnisch veränderten und ein Importverbot von nicht nachhaltig produzierten Energiepflanzen;
 - Die Forschung zur Marktreife für Agrotreibstoffe, bei denen nicht die Nahrungsmittel sondern die Abfälle verwertet werden (die sogenannte

zweite und dritte Generation), ist zu fördern; Subventionen dürfen nur für nachhaltig produzierte Energieträger eingesetzt werden;

- Rasche Erarbeitung eines international gültigen Zertifikatssystems für nachhaltig produzierte agrarische Treibstoffe.
- Ein breites Bündel von Maßnahmen, die das wesentlich raschere Umsteigen auf erneuerbare Energieträger gewährleisten. Dazu ist ein Energiemasterplan zu erstellen, der weit über den nächsten Wahltag hinausreicht;
- Die Schaffung einer breiten Allianz zu einer globalen Energie-Zukunft ohne Menschenrechtskonzessionen und ohne Verwendung von Kernkraft.

2. Gentechnik und Nahrungsmittel

Österreich muss frei von Gentechnik in unseren Nahrungsmitteln bleiben! Dazu bekennt sich die SPÖ und wird auch weiterhin dafür kämpfen. Der schwarze Vizekanzler kann sich vorstellen, für Agrosprit auch Gentechnik in Österreich zu erlauben – dass muss verhindert werden! Einmal auf dem Feld, ist nicht zu verhindern, dass gentechnische Manipulationen auch in den Nahrungsmitteln landen.

Als SPÖ Umweltsprecherin stehe ich für:

- Ein gentechnikfreies Österreich. Keine Freisetzung genmanipulierter Pflanzen und kein Einsatz von Gentechnik in der heimischen Landwirtschaft. Daher sollen die bestehenden Importverbote aufrecht bleiben;
- Bündnispartner in der EU für eine gentechnikfreie EU gewinnen. Die Medaille scheint sich zu wenden und immer mehr KonsumentInnen in Europa stehen der Gentechnik in Nahrungsmitteln skeptisch bis ablehnend gegenüber;
- Zum Bestehen der gentechnisch-kritischen Position auf internationaler Ebene sind wissenschaftliche Grundlagen notwendig, nur so haben wir gegenüber der Welthandelsorganisation eine Chance auf Durchsetzung unserer Interessen. Daher ist eine gentechnisch-kritische wissenschaftliche Forschung in Österreich notwendig, die öffentliche Unterstützung benötigt;
- Keine Ausnahmen für die Gentechnik in der Landwirtschaft, auch nicht für Agrotreibstoffe!;
- KonsumentInnenfreundliche Kennzeichnung der Lebensmittel mit eindeutigen Hinweisen zu Gentechnik, Pestizideinsatz, Transport („Herkunftsland“ oft irreführend, da im Zuge der Verarbeitung die Produkte ein Vielfaches der angenommenen Wege zurücklegen!);
- Bestehende Haftungslücken bei der Gentechnik in der Landwirtschaft müssen rasch geschlossen werden, daher: Lückenlose Haftungsbestimmungen für ökologische, ökonomische und gesundheitliche Schäden durch Gentechnik;
- Förderung kleinbäuerlicher, regionaler Strukturen und insbesondere der biologischen Landwirtschaft;
- Keine Subventionen für Monokulturen und industrielle Massenproduktion von Lebensmitteln, keine Vernichtungsprämien und marktverzerrende Exportsubventionen;

- Saatgut mit hohem Dünger- und Wasseranspruch darf nicht mehr subventioniert werden;
- Die Vergabe von Agrar-Subventionen ist an den Einsatz von menschlicher Arbeitskraft zu koppeln und nicht an den Ertrag;
- Ein wirksames Lebensmittelgesetz, das qualitativ hoch stehende und gesunde Lebensmittel garantiert und die Verantwortlichkeit bei Verstößen klar definiert;
- Nachhaltig und fair produzierte Lebensmittel müssen für alle leistbar sein, das bedarf einer aktiven Preispolitik.

3. Atomkraft

Österreich muss sich mit allem Nachdruck für ein atomkraftfreies Europa einsetzen! Wir dürfen unseren Überzeugungskampf nicht aufgeben und müssen weitere BündnispartnerInnen gewinnen! Gerade im Zuge der Klimadebatte verspüren die BefürworterInnen der Atomkraft wieder Auftrieb – dagegen müssen wir vehement auftreten und andere gangbare Alternativen aufzeigen.

Die Argumente sind auf unserer Seite: selbst wenn Atomkraft ungefährlich wäre, müssten tausende von neuen Kraftwerken gebaut werden, um überhaupt genügend Energie liefern zu können, wollte man alle Kraftwerke auf fossiler Basis damit kompensieren. Dies ist rein technisch aufgrund des hohen Uranbedarfs unmöglich! Atomkraft ist und bleibt gefährlich – auch ohne Unfälle, denn die Entsorgung des Atommülls ist nach wie vor ungeklärt!

Als SPÖ Umweltsprecherin stehe ich für:

- Wir müssen Importe von Atomstrom vermeiden, indem wir mehr in erneuerbare Energie investieren und somit zu Selbstversorgern werden;
- Die Strom-AnbieterInnen sollen gesetzlich verpflichtet werden, ihren Atomstrom-Anteil am verkauften Energiemix transparent darzustellen;
- Wir müssen auf Sachlichkeit setzen, um unsere NachbarInnen in Europa überzeugen zu können und mit ihnen gemeinsam in neue Energieformen investieren;
- Um die Diskussion über die Nicht-Nachhaltigkeit der Atomkraft auch auf wissenschaftlicher Ebene zu bestehen, muss es in Österreich atomkraftkritische Forschung geben, die von der Öffentlichkeit unterstützt wird;
- Die Betriebsbewilligungen für alte Atomkraftwerke in der EU dürfen nicht verlängert werden.

4. Haftungsfragen

In Fragen der Haftung für Umweltschäden steht die SPÖ klar für das Verursacherprinzip. Die ÖVP versucht schon seit über einem Jahr, eine unverantwortliche Variante des Bundesumwelthaftungsgesetzes durchzubringen, welches Umweltschäden einfach auf die SteuerzahlerInnen abwälzen soll. Wir SozialdemokratInnen haben uns erfolgreich dagegen gewehrt!

Denn wir sehen nicht ein, weshalb die Konzerne nicht für die Schäden aufkommen sollen, die sie verursacht haben. Wer die Gewinne einstreift, kann auch für die Schäden aufkommen. Im Gegensatz dazu versucht die ÖVP für ihre Klientel eine Klausel durchzusetzen, nach der Schäden, „die nicht vorhersehbar“ waren, einfach von der öffentlichen Hand, also den SteuerzahlerInnen zu begleichen wären. So wäre z.B. die Verunreinigung eines Flusses durch eine Chemiefabrik nicht mehr das Problem der FabriksbesitzerInnen, sondern der BürgerInnen.

Für uns SozialdemokratInnen ist klar, dass VerursacherInnen für ihre Schäden haften müssen und die Beseitigung des Schadens sowie die Wiederherstellung des Zustandes vor der Schädigung der Umwelt auch selbst finanzieren müssen.

5. Luft/Wasser/Boden

Die Erhaltung bzw. Verbesserung der Luftqualität ist ein lebenswichtiges Grundbedürfnis. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass auch unsere Kinder noch frei atmen können. Dafür braucht es strenge Gesetze zur Luftreinhaltung und eine lückenlose Überprüfung der Einhaltung dieser Gesetze.

In Österreich haben wir noch genügend Wasser und das auch noch in bester Qualität. Die Erhaltung dieses kostbaren Guts muss Vorrang vor Ausbeutung, Verschwendung und Ausverkauf haben. Auch unser Boden ist wichtiger Bestandteil eines wirkungsvollen Umweltschutzes. Denn durch unachtsame Bewirtschaftung und Monokulturen wird der Bodenerosion Vorschub geleistet, deren Folgen in Form von Murenabgängen große Schäden verursachen können.

Die SPÖ steht dafür, rechtzeitig und vorsorglich im Bereich von Luft-, Wasser- und Bodenschutz zu handeln, denn Investitionen in diesem Bereich schaffen Arbeitsplätze und sind obendrein wesentlich günstiger als die Behebung von Schäden durch Naturkatastrophen!

Als SPÖ Umweltsprecherin stehe ich für:

- Eine umfassende Novellierung des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVP-Gesetz), das Großprojekte, die unter der schwarz-bunten Regierung ausgenommen wurden, wieder mit einschließen muss:
 - Beseitigung des vereinfachten Verfahrens, das sich als nicht zielführend erwiesen hat;
 - Rücknahme des EU-Rechts und der verfassungswidrigen sogenannten „Lex Spielberg“;
 - Volle Rechte für BürgerInnen, nicht nur im UVP-Verfahren selbst, sondern auch bei der Feststellung, ob ein Projekt UVP-pflichtig ist;
 - Die oft unrealistischen Schwellenwerte müssen der österreichischen Situation angepasst werden.
- Richtlinienkonformes Umsetzen der Aarhus-Konvention in österreichisches Recht;
- Das Österreichische Raumordnungskonzept ist im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, mit laufender Raumbewertung und Überwachung der überörtlichen Raumplanung zu überarbeiten. Dabei sollen auch neue Formen der Zusammenarbeit (auch gemeinde- und bundesländerübergreifend) forciert und gefördert werden;

- Nutzungsmischung, Mehrfachnutzung von Flächen und Renaturierungsoffensiven sollten gegenüber der Versiegelung und Verbauung von Flächen Vorzug erhalten;
- Einführung eines zweckgebundener Planwertausgleichs: bei Umwidmungen, die Wertsteigerungen einer Fläche mit sich bringen, soll ein Teil dieser Wertsteigerung für umweltpolitische Maßnahmen oder zum Finanzieren von sozialer Infrastruktur eingesetzt werden;
- Sanfter Ausbau der Wasserkraft mit Rücksichtnahme auf natürliche und naturnahe Flussläufe, Ökologisierung der bestehenden Kraftwerke (Fischaufstiege, Restwasser etc.) und Entwicklung eines energiepolitischen Rahmenkonzeptes;
- Effizienzsteigerung vor Neu- oder Ausbau von Wasserkraftwerken und Festlegung von Endausbaugrenzen gemeinsam mit NGOs;
- Im alpinen Raum keine weitere Flächenversiegelung – z. B. durch Eingriffe beim Pistenneubau – und besondere Prüfung der Auswirkungen der künstlichen Beschneidung auf den Wasserhaushalt;
- Keine problematischen Zusatzstoffe bei der künstlichen Beschneidung.

6. Biodiversität und Naturschutz

Eine gesunde Umwelt mit intakter Natur und reicher Artenvielfalt hat für den Menschen einen nicht zu ersetzenden Erholungswert. Die Natur ist ein sehr komplexes Gefüge, das sich bei unachtsamer Einwirkung oder gar Störung verhält wie die Maschen eines Netzes: zieht man an einer Stelle, so verändern sich alle Stellen. Wir Menschen können nicht immer die Folgen unseres Handelns voraussehen – aber wir können uns dieser Tatsache bewusst sein und entsprechend achtsam handeln. Die SPÖ steht daher für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur und den bestmöglichen Erhalt der Artenvielfalt. Wir wollen bis 2010 das international festgelegte Ziel erreichen, zu einer signifikanten Reduktion des gegenwärtigen Verlusts von Arten zu kommen.

Wir müssen die Fähigkeit der Ökosysteme aufrechterhalten – damit sie ihre ökologische Leistungsfähigkeit erhalten können, von der wir abhängig sind.

Zu diesem Themenkreis gehört auch die gesetzliche Reglementierung der Lichtverschmutzung (Überhellung des Nachthimmels durch nach oben abstrahlende Lichtquellen). Sowohl für die Tierwelt (Wandervögel und nachtaktive Insekten) als auch für die astronomische Beobachtung ist die Lichtverschmutzung ein ernsthaftes Problem und zudem beispielhaft für leicht vermeidbare Energieverschwendung: sorgt man für Beleuchtungskörper, die einwandfrei nur beabsichtigte Fläche (Straße, Gehweg) ausleuchten, kann gleichzeitig viel Energie gespart werden!

Als SPÖ Umweltsprecherin stehe ich für:

- Landwirtschaftliche Programme wie das ÖPUL oder das österreichische Programm für die Entwicklung des Ländlichen Raums ("Grüner Pakt") sind in ihrer Programmatik ernst zu nehmen, der Lebensraumschutz ist in den Mittelpunkt zu stellen und für Naturschutzelemente darin sind mehr Mittel aufzuwenden;

- Das Schützen von Brachen und Stilllegungsflächen ist als wichtige Rückzugsmöglichkeit für diverse Lebewesen zu respektieren, vor allem Insekten und Vögel;
- Rechtliche Absicherung der gentechnikfreien österreichischen Landwirtschaft;
- Konsequente Umsetzung des europäischen Schutzgebietsnetzwerks Natura 2000 zur Erhaltung des europäischen Naturerbes und wertvoller Natur- und Erholungslandschaften für die Bevölkerung. Dazu die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung zur Umsetzung der damit verbundenen Maßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene;
- Konsequente Information und Bewusstseinsbildung der Bevölkerung durch die Medien, insbesondere des öffentlich- rechtlichen Rundfunks, über die Gefahren des Artenverlusts;
- Österreich soll sich in internationalen Verhandlungen für ein Einrichten großflächiger zusammenhängender Schutzzonen mit repräsentativen Lebensräumen z.B. in Regenwäldern und Meeren einsetzen. Armen Ländern ist dafür ein Ausgleich für den Einkommensentfall durch global verursachte Umweltzerstörung etwa in der Holzwirtschaft und der Fischerei zu erstatten;
- Schaffung eines wissenschaftlichen Beratungsgremiums für die Biodiversitätskonvention nach Vorbild des Weltklimarates, das Forschung und Politik verzahnt;
- Ein fairer Interessenausgleich zwischen Entwicklungsländern mit ihrer oft noch vorhandenen großen Artenvielfalt und den Industrieländern, die diese Ressourcen nachhaltig nutzen wollen;
- Schaffung neuer Finanzierungsmechanismen für den Schutz der Artenvielfalt und dafür die globale oder zumindest europaweite Einigung zur Erschließung neuer Finanzquellen wie der Devisentransaktionssteuer oder anderen;
- Keine Privatisierung oder Aneignung von Leben in Form von Pflanzen oder Tieren oder Teilen dieser oder ihrer Gene, sowie das Wissen um die Nutzung dieser Lebensformen mittels des Rechts auf „geistiges Eigentum“ durch Patente;
- Einrichtung international wirksamer Mechanismen, die den illegalen Holzeinschlag und den Handel mit illegalem Holz und bedrohten Arten unterbinden;
- Umkehr der weltweiten Entwaldung zur Erhaltung der Wälder als eine der wichtigsten natürlichen CO₂ Senken und damit als bedeutende Klimaschutzmaßnahme. Ich unterstütze den Einsatz Österreichs auf internationaler Ebene zur Erreichung dieser Ziele und deren rechtliche Absicherung bis 2020.

Als SPÖ Umweltsprecherin stehe ich für eine verantwortungsvolle Alpenpolitik:

- Rasche Anpassung von Bundes- und Landesgesetzen, Verordnungen, Leitbildern und Sachprogrammen an die Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention;
- Federführendes Engagement für das noch ausstehende Protokoll „Wasser“ und volle Unterstützung bei der Erarbeitung des Protokollthemas „Bevölkerung und Kultur“;

- Restriktive Konzessionspolitik für schitouristische Aufstiegshilfen seitens der obersten Seilbahnbehörde des Verkehrsressorts und eine verbindliche Festlegung von Endausbaugrenzen der Schigebiete;
- Neubearbeitung des aus dem Jahre 1978 datierenden „Österreichischen Seilbahnkonzeptes“ durch das Verkehrsressort;
- Verpflichtende Umwelt- und Raumverträglichkeitsprüfung bei allfälligen Seilbahn- und Pistenbauten;
- Absoluter Gletscherschutz und keine Neuerschließung von Gletschern für den Pistenschilaf.

7. Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit bedeutet verantwortungsvoll handeln: ökonomisch, ökologisch und sozial! Die SPÖ steht für eine verantwortungsvolle Politik, die alle Lebensbereiche und vor allem alle Menschen mit einbezieht – denn wir brauchen eine Wirtschaft für die Menschen und nicht umgekehrt! Deshalb darf Nachhaltigkeit nicht zum Modewort verkommen, sondern muss gelebte Politik von heute und morgen sein. (siehe auch 13. Kapitel: Ökologische Steuerreform)

Als SPÖ Umweltsprecherin fordere ich :

- Eine wesentliche Erhöhung der Forschungsmittel für Forschung im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung, weiters Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie insbesondere auch für Forschungs-Bildungsk Kooperation;
- Bewusstseinsbildende Maßnahmen und Kampagnen zu Wiederverwertung und Reparatur statt Neukauf;
- Ein flächendeckendes Netz an Reparaturwerkstätten für Elektro-, Elektronik- und Haushaltsgeräte;
- Ein starkes Bekenntnis zur Aufgabe der öffentlichen Hand bei den Dienstleistungen und Einrichtungen in der Daseinsvorsorge. Wichtige Leistungen – vom Wasser und Abwasser über die Gesundheitsversorgung bis zu Bildung und Transportwesen – müssen für alle leistbar sein und dürfen nicht der Profitlogik von Konzernen unterworfen werden;
- Trennung des Umweltressorts von Land- und Forstwirtschaft, statt dessen eine stärkere Verbindung mit Energie-, Klima- und Verkehrsagenden;
- Kompetenzverlagerung der Koordination der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie vom Umweltressort ins Bundeskanzleramt. Dort ist eine Querschnittsmaterie wie Nachhaltigkeit besser aufgehoben;
- Eindeutiges politisches Commitment des Bundeskanzlers bzw. der Bundeskanzlerin und aller Regierungsmitglieder zur Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie und Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsstrategie bzw. des Nachhaltigkeitsprinzips in allen Entscheidungen der Bundesregierung;
- Entwicklung und Anwendung eines Nachhaltigkeitschecks für Gesetzesvorhaben;
- Konsequente Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie – insbesondere auch im Wirtschafts-, Infrastruktur- und Finanzressort;

- Verbindlicher Zeit- und Finanzplan zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie – ausreichende Finanzierung, insbesondere mehr Finanzmittel für die Vernetzung der Nachhaltigkeitsbereiche (Umwelt, Soziales, Wirtschaft);
- Umsetzung der „Österreichischen Strategie zur Bildung für nachhaltige Entwicklung“, der Zielsetzungen der UNECE-Strategy (Strategy on Education for Sustainable Development and Environmental Education in the United Nations ECE) und der Bildungsziele der neuen EU-Strategie zur nachhaltigen Entwicklung.

8. Abfall

Eine grundlegende Reform der Verpackungsbewirtschaftung soll zu mehr Wettbewerb führen und die Rolle der KonsumentInnen und Gemeinden stärken.

Der schwarze Umweltminister hat versagt: Der Vormarsch der Einweg-Verpackungen und der stetig wachsende Müllberg sind augenscheinlich. Die freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft ist gescheitert, die Mehrweg-Quote im Keller. Trotzdem sieht der Umweltminister tatenlos zu, missachtet sogar das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes zu den Getränkezielen der Verpackungszielverordnung. Wir brauchen jetzt eine Trendwende in der Abfallpolitik! Auch hier gilt: weniger ist mehr! Wir steigern unsere Lebensqualität, wenn wir uns nicht mehr zu-müllen!

Die wünschenswerte Zukunft der getrennten Leichtverpackungssammlung im Haushaltsbereich soll Ausgangspunkt für eine grundlegende Reform der Verpackungsregelungen sein. Maßnahmen zur Förderung von Getränkemehrweg-Systemen und zur Eindämmung des Abfalls sind hier prioritär. Zudem muss der Wettbewerb der Sammelsysteme, der seit langem bloß am Papier steht, endlich zum Leben erweckt werden. Zur Eindämmung des Trittbrettfahrerproblems sollen im Haushaltsbereich – so wie bei Elektroaltgeräten - die Sammelsysteme die Verantwortung für die gesamten bei den Kommunen anfallenden Verpackungsmengen übernehmen, wobei die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände die Verpackungssammlung organisieren und damit Träger der Sammelinfrastruktur im Haushaltsbereich werden sollen.

In Sachen Abfall muss auf Abfallvermeidung, getrennte Müllsammlung und Wiederverwertung gesetzt werden, wie es in den Gemeinden und Städten, soweit sie zuständig sind, mit gutem Erfolg schon seit Jahren vorgelebt wird. Dreiviertel der Abfallentsorgung in Österreich werden privat, d.h. im Wettbewerb abgewickelt. Also Schluss mit dem Monopolssystem der ARA, welche unkontrolliert auf Kosten der SteuerzahlerInnen Geld anhäuft. Ein weiteres „Bermuda-Dreieck“: die noch immer nicht ausgezahlten Millionen von Kühlgeräten. Das Geld der SteuerzahlerInnen muss transparent eingesetzt werden!

Als SPÖ Umweltsprecherin fordere ich daher:

- Zügige Umsetzung der Maßnahmen zur Kontrolle der Wege der Abfälle;
- Stabilisierung des Altlastenbeitragsaufkommens, wobei die Beitragspflicht der Verbrennung kritisch zu hinterfragen sein wird;
- Reform des Altlastensanierungsverfahrens;
- Evaluation der Beiträge der Abfallwirtschaft zu den österreichischen Klimaschutzzielen;

- Initiative auf der EU-Ebene, damit die kommunalen Andienungspflichten (als Kernelement der kommunalen Daseinsvorsorge) endlich außer Streit gestellt werden;
- Verbindliche Regelung des Verbleibs der verbliebenen Kühlgerätemillionen: Die Gelder sollen für umweltbezogene Konsumenteninteressen verfügbar gemacht werden;
- Gesetzliche Zielvorgaben anstatt freiwilliger Selbstverpflichtungen, wie sie beispielsweise bei den Pfandflaschen offensichtlich nicht funktionieren, sondern spürbare gesetzliche Offensive, um den Anteil an Mehrweggebinden signifikant zu erhöhen;
- Verantwortungsvolles Umgehen mit Ressourcen und Vorrang für die Müllvermeidung.

9. Energie Effizienz und Erneuerbare Energie

Das Sparen von Energie ist Österreichs größtes Kraftwerk. Wir brauchen eine verstärkte Förderung von Solarthermie, Photovoltaik, Geothermie und Wärmepumpenanlagen. Grundsätzlich muss auch der Bereich der Abwärmenutzung sowie der thermischen Gebäudesanierung verstärkt werden.

Der Energiebereich gehört mit zu den großen Herausforderungen der nächsten Jahre. Dabei sind zwei Schwerpunkte gleichermaßen zu forcieren: Energieeffizienz und erneuerbare Energiegewinnung – beides ist schon jetzt Stand der Technik und daher prinzipiell machbar!

Die Herausforderung besteht vorrangig in der Umstellung. Im Bereich der Energieeffizienz ist ein Umdenkprozess erforderlich, der sowohl von jeder Einzelnen und jedem Einzelnen als auch von der Gemeinschaft und der Öffentlichkeit geleistet werden muss. Wichtig dabei: kein Verlust an Lebensqualität – dafür besteht auch keine Notwendigkeit! Lediglich ein vernünftiger Einsatz der uns bereits jetzt zur Verfügung stehenden Energie ist erforderlich. Im öffentlichen Bereich sollen hier Verhaltensvorbilder geschaffen werden, im Schulwesen muss dieser Bewusstseinsbildung entsprechend Raum gegeben werden. Ein nationaler Energieeffizienzplan mit konkreten Einsparungspotenzialen und entsprechenden Einsparungszielen muss transparent vermittelt und gemeinsam umgesetzt werden. Dazu können verschiedene Anreizsysteme zum Einsatz kommen, wie etwa sichtbare Einsparungs“gewinne“ (für den Einzelnen wie für Betriebe und öffentliche Institutionen) oder in manchen Bereichen auch Belohnungen, die über einen Teil der eingesparten Energie finanziert werden.

Erneuerbare Energie muss umfangreicher gefördert werden und darf sich nicht auf die Erhaltung nicht-selbsterhaltungsfähiger Anlagen (wie etwa ineffiziente Biogasanlagen) beschränken. Auch die Forschung muss hier stärker einbezogen werden – die bislang erarbeiteten alternativen Energiegewinnungsformen können der Beginn einer neuen Ära werden, die unzählige Arbeitsplätze schafft – und zwar in allen Berufszweigen! Bisherige Erkenntnisse müssen zügig Anwendung finden: Bsp: „Solarbauwerke“ (Neubau mit integrierter Solaranlage).

Aus Sicht einer nachhaltigen Entwicklung ist es nötig, die Wachstumstrends von Material- und Energieverbrauch und von Transportvolumina umzukehren und den

Ressourceneinsatz nachhaltig zu senken. Erst bei einer dauerhaften Senkung des Ressourcenverbrauchs ist es möglich, durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Ressourcen maßgeblich zur nachhaltigen Ressourcennutzung beizutragen. (siehe 13. Kapitel: Ökologische Steuerreform).

10. Verkehr

Prioritär im Verkehrssektor ist die Verbesserung des Angebots im öffentlichen Verkehr und die Abstimmung der einzelnen Verkehrsträger wie Bahn und Bus untereinander. Vorrangig sind jene Verkehrsformen zu fördern, die soziale, ökologische und Erholungsbedürfnisse mit den geringsten negativen Folgen für Gesundheit und Umwelt befriedigen.

Wir brauchen eine mehrgliedrige Strategie zur Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene und Wasserstraße inklusive einer Strategie zur Durchsetzung dieser Verlagerung gegenüber der EU. Eine dieser Maßnahmen muss der weitere Einsatz für die Änderung der EU-Wegekosten-Richtlinie im Sinne der Internalisierung, also der Zurechnung externen Kosten durch den Verursacher sein. Dies würde dann die Möglichkeit der Erhöhung der LKW-Maut bieten.

Als SPÖ Umweltsprecherin fordere ich daher:

- Schaffung einer verbindlichen Gesamtverkehrsstrategie: Das Ziel ist eine nachhaltige und effiziente Mobilität sowie ein effizienter Güterverkehr in Österreich. Dazu müssen übergeordnete Ziele in der Mobilitätspolitik definiert werden. Seriöse Kosten-Nutzen-Analysen bei Infrastrukturentscheidungen müssen diese ergänzen. Bei Infrastrukturausbauten von Schiene und Straße im selben Korridor muss der Schiene Vorrang gegeben werden;
- Erstellung und Beschluss eines Gesamtkonzepts für den Öffentlichen Verkehr: Im Personenverkehr muss ein Taktfahrplan für ganz Österreich als Basis der Infrastruktur und Investitionsplanung geschaffen werden. Der Regional- und Nahverkehr sollte sich mit Regionaltakten in das übergeordnete Netz eingliedern lassen;
- Die qualitative Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel, besonders die Erhöhung der Taktfrequenz und die Verlässlichkeit;
- Die Sicherstellung, dass öffentliche Verkehrsmittel auch für NiedrigeinkommensbezieherInnen leistbar sind. Die Schaffung einer preislich sozial gestaffelten Mobilitätskarte für die Benutzung aller Öffis in ganz Österreich ist hierzu ein wichtiger Schritt;
- Die Ausgabe einer Mobilitätskarte bei Kauf eines KFZ;
- Nachhaltigkeitsprinzip beim Bundesstraßenbau: Die festgeschriebenen Vorhaben zum Ausbau der Bundesstraßen werden auf deren Nachhaltigkeit und die Übereinstimmung mit verkehrspolitischen Zielsetzungen überprüft;
- Lärmschutzgesetz: zügige Umsetzung der EU-Richtlinie von 2002 – Lärmkartenveröffentlichung und dann rasche Maßnahmen zur Bekämpfung der betroffenen Gebiete: Erstellung von Aktionsplänen, die in Kooperation mit anderen Ministerien (Verkehr, Gesundheit) umzusetzen sind;

- Eine umfassende „strategische Prüfung Verkehr“ mit Ausarbeitung von kurz- und mittelfristig realisierbarer Alternativen, die in verbindlichen Rahmenplänen festgelegt werden;
- Verkehrs- und umweltpolitische Zielsetzungen sind in die Raumplanung zu integrieren;
- Einsetzen auf EU Ebene, dass technische und einhergehende gesetzliche Lösungen zur Verringerung des Treibstoffverbrauchs und Schadstoffausstoßes von KFZ (PKW, LKW und landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge) rasch vorangetrieben werden;
- Entlastung der PendlerInnen und finanzielle Bevorzugung bei der Benutzung von alternativ zur Verfügung stehenden öffentlichen Verkehrsmittel, um Anreize für den Umstieg vom motorisierten Individualverkehr in den öffentlichen Verkehr zu schaffen;
- Die Streichung der Agrardiesel-Förderung;
- Verstärkte Forschung im Bereich der Energietechnologien sowie Mobilität, unter anderem an Agrartreibstoffen der zweiten und dritten Generation, alternativen Antrieben und Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energie sowie Energieeffizienztechnologien;
- Einrechnung von Unfalls-, Gesundheits- und Umweltkosten in die reale Berechnung der Mobilitätskosten. Da diese Kosten zur Zeit nur ungenügend oder nicht in die rein wirtschaftlich orientierten volkswirtschaftlichen Modelle einbezogen werden, sind neue Modelle zu entwickeln, die die volkswirtschaftlichen Folgekosten der Mobilität auch abdecken;
- Zügige Untersuchungen über die möglichen ökologischen und volkswirtschaftlichen Effekte bei der Einführung einer flächendeckenden LKW-Maut gestaffelt nach Emissionsklassen.

11. Wohnen

Im Wohnbereich sind Klimaschutzmaßnahmen zu fördern, aber ohne Eingriffe in den Mieterschutz und den Rechtsschutz. Transparenz über Energiekosten und Auskunftspflichten zu aktuellen Förderungsmöglichkeiten müssen verbessert werden. Es sollen Anreize geschaffen werden, dass es zu einer nachhaltigen energetischen Sanierung und dem Ausschöpfen weiterer Energiesparpotentiale bei Mietwohnungen kommt.

Als SPÖ Umweltsprecherin stehe ich für:

- Einkommensschwache sollen bei für sie kostengünstigerem UND umweltfreundlicherem Verhalten unterstützt werden, nicht zusätzlich belastet;
- Altbausanierungen von Miethäusern im öffentlichen und privaten Eigentum vorantreiben. Einkommensschwache leben oft in privaten oder öffentlichen Mietwohnungen. Die für Sanierung nötigen Gelder sind bereitzustellen, im Einklang von Bund und Ländern. Förderungen für ökologischen Wohnbau und Altbausanierung (Dämmung) müssen für alle zugänglich gemacht werden;
- Kleinere Förderungsmaßnahmen z.B. für Fensteraustausch prüfen und gegebenenfalls adaptieren oder initiieren;

- Stromverbrauch in den Haushalten senken, Ersatz alter „Stromfresser“ in einkommensschwachen Haushalten fördern;
- Energieberatung (auch) für einkommensschwache Haushalte: Niederschwellige Beratungsangebote fördern und offensiv einsetzen.

12. Wirtschaft

Wirtschaft und Umweltschutz sind keine Gegensätze! Eine klug gestaltete, langfristig angelegte Klimapolitik kann positive Auswirkungen auf die Volkswirtschaft haben, insbesondere durch Steigerung der Ressourcenproduktivität oder durch Erarbeitung von Technologieführerschaften auf Wachstumsmärkten. Die Klimapolitik muss Innovationspotenziale verstärkt nutzen, die zur Verringerung der Energie- und CO₂-Intensität der Volkswirtschaft beitragen. Sie muss im Sinn der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, also ökonomische, ökologische und soziale Zielsetzungen adäquat berücksichtigen. (siehe auch 13. Kapitel: Ökologische Steuerreform)

Als SPÖ Umweltsprecherin stehe ich für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik und daher für:

- Die umfassende Prüfung und Integration umweltpolitischer Zielvorgaben bei der Vergabe öffentlicher Mittel, insbesondere bei: Kyoto-Ziel, EU-Ziel zur Biodiversität, EU-Wasserrahmenrichtlinie im Bereich der Agrarförderungen, Vergabe von Exportgarantien, Verwendung der Mittel aus den österreichischen Umweltfonds, z.B. Katastrophenfonds, Wasserwirtschaftsfonds;
- Eine Beratung über die Einführung moderner Energiemanagementsysteme vor allem im Industrie- und Gewerbebereich ist nötig, um die enormen, nicht genutzten Energieeffizienz-Potentiale zu nutzen. Die Verwendung von energieeffizienten Antrieben, energiesparenden Beleuchtungssystemen, Wärmenutzung, die Optimierung von Feuerungsanlagen und vieles mehr kann zu einer Reduktion von Kosten und der Klimabelastung führen. In diesem Zusammenhang sind auch öffentlichkeitswirksame Auszeichnungen von besonders klimafreundlichen Betrieben weiter zu forcieren;
- Zur Reduktion der Treibhausgasemissionen soll die Energieeffizienz im IPPC- und UVP-Verfahren für Neuanlagen und Anlagenerweiterungen mehr Berücksichtigung finden. Besonders im Hinblick auf eine gute öffentliche Anbindung und eine möglichst effiziente Abwärmenutzung soll die Standortwahl in Bewertungen miteinbezogen werden. Außerdem ist die Abwärmenutzung bei bestehenden Anlagen zu forcieren;
- Zur Erreichung der Ziele der Klimastrategie müssen die darin vorgesehenen Maßnahmen für die Sektoren Energieaufbringung und Industrie umgehend umgesetzt werden;
- Zur Förderung von Entwicklung und Einsatz von Umwelttechnologien im Inland sollen finanzielle Anreize für Investitionen in neue, noch mit Erstanwender-Risiko behaftete Technologien, gewährt werden:
- Es gibt Anlagen, die nennenswerte Treibhausgas-Emissionen verursachen können, aber nicht UVP-pflichtig sind. Um auch diese künftig zu berücksichtigen und die Treibhausgase aus diesen zu reduzieren, soll für derartige Projekte die Möglichkeit einer Klimaverträglichkeits-Prüfung im Anlagengenehmigungsverfahren eingeführt werden. Außerdem ist die Aufnahme

von CO₂ als relevanter Luftschadstoff ins UVP-Gesetz im Zusammenhang mit der Reduktionsverpflichtung Österreichs anzustreben;

- Um die notwendige Weiterentwicklung des Emissionshandels auf EU-Ebene fortzuführen, ist eine Harmonisierung der Anlagen-Abgrenzung erforderlich, insbesondere des Begriffes „Feuerungsanlagen“. Eine weitere Harmonisierung der Zuteilung, z. B. durch EU-weite Benchmarks (im Sinne von Tonnen CO₂ pro kWh bzw. pro Masseneinheit Produkt) bzw. die Versteigerung eines erheblichen Anteils der Zertifikate soll angestrebt werden;
- Die Förderung von Betrieben/Unternehmen hinsichtlich:
 - Energiesparende Produktion, energieeffizienzbewusste Produktion (Abwärme-Nutzung!);
 - Klimafreundliche und ressourcensparende Produktion;
 - Produktion „umweltfreundlicher“ Produkte, die dazu dienen, besonders Umweltschädigendes ersetzen zu können (Hybridautos, Sparlampen, biologische Dünger, Verpackung, Waschmittel etc.) aber auch auf die Reparierbarkeit und somit die Langlebigkeit der Produkte zu achten;
 - Produktion mit Recycling-Rohstoffen;
 - Reparatur von Elektro- und Elektronikgeräten.

13. Ökologische Steuerreform

Wir müssen innovative Wege finden, mit deren Hilfe es gelingt, eine positive Wirtschaftsentwicklung sowie Verbesserungen der Lebensqualität vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.

Dafür ist vor allem eine umfassende Ökologisierung der österreichischen Fiskalpolitik mit einer gleitenden, langfristig vorhersehbaren Erhöhung der Besteuerung des Ressourceneinsatzes (z.B. Energie) und Entlastung des Faktors Arbeit nötig. Empirische Studien über die Zusammenhänge zwischen (mangelnder) Energieeffizienz und Armut sollten meines Erachtens durchgeführt und dementsprechende fiskalische Schlüsse gezogen werden.

Als SPÖ Umweltsprecherin stehe ich für:

- Die Ökologisierung des Steuersystems durch die vollständige Umsetzung der Empfehlungen des österreichischen Rechnungshofs zur Anpassung der Energiebesteuerung, dabei vor allem:
 - Die verursachungsgerechte Besteuerung von Energieträgern abhängig von ihrem CO₂-Gehalt;
 - Steuerliche Begünstigung und Förderung thermisch orientierter Gebäudesanierung (Wohnbaudarlehen);
 - Absetzbarkeit von Investitionen in Energiespar- und Energieeffizienzmaßnahmen für Haushalte und Unternehmen als Sonderausgaben;
- Eine Finanzreform im Bereich Mobilität und Verkehr:

- Für einen umweltverträglicheren Fuhrpark müssen Anreize in Österreich geschaffen werden. Die wirtschaftlichen Instrumente für den Kauf von Kraftfahrzeugen nach ökologischen Kriterien sollen gestärkt werden. Der Ankauf von Dieselfahrzeugen ohne Partikelfilter muss noch weniger attraktiv gemacht werden;
- Die Bodenbesteuerung in Österreich braucht eine Modernisierung, um eine effiziente Siedlungsentwicklung und geringen Flächenverbrauch zu gewährleisten. Die Anzahl von gewerblichen und privat genutzten Stellplätzen soll in die Grundsteuer als „Verkehrserregerabgabe“ einbezogen werden;
- Für die Wohnbauförderung müssen einheitliche Regeln im Rahmen des Finanzausgleichs geschaffen werden. Nachhaltige und volkswirtschaftlich effiziente Siedlungsstrukturen werden durch eine Fokussierung der Wohnbauförderung unterstützt. Die Wohnbauförderung soll auf Objekte konzentriert werden, die innerhalb festgelegter Erschließungskorridore liegen und über eine Mindestversorgung an öffentlichen Verkehrsmitteln verfügen;
- Durch die Einführung der Besteuerung von Flugtreibstoff bei Inlandflügen soll mehr Kostenwahrheit im Flugverkehr erzeugt werden.